



- NEWSLETTER 3/2011 -

- Neuer Justizminister Rainer Stickelberger -

Nach der Landtagswahl vom 27.03.2011 und dem Regierungswechsel hat der geschäftsführende Vorstand am 22.06.2011 ein Gespräch mit dem neuen Justizminister wahrgenommen. Fragen der Mitwirkung und der Selbstverwaltung, zu Sicherheits- bzw. Alarmierungskonzepten in Justizgebäuden, zu den neuen EDV-Systemen und zu Lebensarbeitszeitkonten wurden angesprochen.

- Erhöhung der Pebb§y-Basiszahlen für FamFG-Verfahren -

Der geschäftsführende Vorstand hat mit Schreiben vom 10.06.2011 an den Justizminister appelliert, die erhöhte Arbeitsbelastung durch das FamFG in der Pebb§y-Berechnung angemessen zu berücksichtigen. Das Justizministerium hat mit Schreiben vom 06.07.2011 mitgeteilt, dass bis zur nächsten Pebb§y-Vollerhebung im Jahr 2014 die aktuell gültigen Basiszahlen für alle FamFG-Produkte in Baden-Württemberg ab dem 01.07.2011 pauschal um 10% erhöht werden. Dies werde u.a. zu einem jährlichen Personalmehrbedarf von 22 Soll-AKA bei den Amtsgerichten führen.

- Mitgliederversammlung in Ellwangen -

Am 8.07.2011 fand die jährliche Mitgliederversammlung des Vereins der Richter und Staatsanwälte statt. Die Mitgliederversammlung hat, wie in den Mitteilungen 2'2011 angekündigt, eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ab 01.01.2012 beschlossen:

○ reguläre Mitgliedschaft	145,- €
○ Assessoren und Pensionäre	115,- €
○ Pensionäre und Ehegatten ohne DRiZ	90,- €
○ Ehrenmitglieder	60,- €

- EDV-Fragebogen -

Die Auswertung der Fragebögen lässt sich den Mitteilungen 02'2011 entnehmen. Der geschäftsführende Vorstand hat eine eigene Nutzerbefragung und Erhebung durch das Justizministerium vorgeschlagen. Für den 04.10.2011 wurde ein Gesprächstermin mit Herrn Dr. Singer, Leiter der Abt. I im Justizministerium, zu diesem Thema vereinbart.

- Erhalt bewährter Gerichtsstandorte -

Der geschäftsführende Vorstand hat sich einer gemeinsamen Presseerklärung aller Vorsitzenden des Bundes und der Länder vom 12.07.2011 angeschlossen, die den Erhalt bewährter Gerichtsstandorte fordert und der Schließung des Oberlandesgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz entgegen tritt.

- Besoldung -

Vor dem Bundesverfassungsgericht sind zwei Pilotverfahren (2 BvL 17/09 und 2 BvL 18/09) zur Frage der Amtsgemessenheit der Richterbesoldung anhängig. Der Deutsche Richterbund hat in den Verfahren Ende Juni 2011 eine Stellungnahme eingereicht. Das Vorlageverfahren ist in der Übersicht der 2011 zu entscheidenden Verfahren an 4. Stelle genannt.

Erledigte Termine im letzten Quartal

06. - 08.04.2011	RiSta-Tag in Weimar (Grewe)
08.04.2011	Bundesvorstandssitzung in Weimar (Grewe)
18.04.2011	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
05.05.2011	Sitzung des Versorgungsfonds im Finanzministerium (Limperg)
20./21.05.2011	Arbeitsgruppe Ethik in Hamburg (Mosthaf)
30.05.2011	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
30.06.2011	Sommerfest des DRB in Berlin (Grewe)
08.07.2011	Mitgliederversammlung in Ellwangen
09./10.07.2011	Arbeitsgruppe Ethik in Berlin (Mosthaf)
12.08.2011	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands

Künftige Termine

19.09.2011	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
23./24.09.2011	Netzwerk Ethik in Berlin (Mosthaf)
28./29.09.2011	Bundesvorstand in Görlitz (Grewe)
29./30.09.2011	Assessorentagung und Bundesvertreterversammlung in Görlitz
04.10.2011	Gespräch mit Herrn Dr. Singer zur EDV
17.10.2011	Sitzung des geschäftsführenden Vorstands
11.11.2011	Sitzung des Gesamtvorstands in Stuttgart
24. - 26.11.2011	Klausurtagung des Gesamtvorstands in Titisee